

Beschluss des 22. Parteitages der CDU Deutschlands:

Die Mitte. Deutschlands Stärke.

I. Was uns wichtig ist.

Angesichts der Herausforderungen im vor uns liegenden zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts sind wir der Überzeugung, dass unser Land nur aus der Mitte erfolgreich gestaltet werden kann. Unser christliches Menschenbild und unsere Grundwerte helfen uns zu verteidigen, was uns wichtig ist, und zu erneuern, was für unsere Zukunftsfähigkeit von Bedeutung ist. Wir wollen:

Eine Gesellschaft, in der jeder unabhängig von Alter, Geschlecht, Religion und gesellschaftlichem Status seinen Platz hat.

Eine Gesellschaft, in der die Familie Ausgangspunkt unseres Denkens ist. Denn die Familie ist der Ort, an dem Eltern Verantwortung für ihre Kinder und Kinder Verantwortung für ihre Eltern übernehmen.

Eine Gesellschaft, die sich als solidarische Gemeinschaft versteht und in der persönlicher, gesellschaftlicher oder unternehmerischer Erfolg als Beitrag für die Gesellschaft anerkannt wird.

Eine Gesellschaft, die verantwortungsvoll mit unseren Ressourcen umgeht und in der der Grundsatz zählt, dass nur das verteilt werden kann, was vorher erarbeitet wurde.

Eine Gesellschaft, in der jeder mitgenommen wird und jeder seine Chance zur persönlichen Entfaltung und zum Aufstieg erhält – in der sich Leistung lohnt und derjenige, der arbeitet, mehr hat als derjenige, der nicht arbeitet.

Die CDU ist die Stimme derer, die sich hinter diesen Zielen vereinen.

II. Globalisierung menschlich gestalten. Die internationale Dimension der Sozialen Marktwirtschaft.

Die CDU steht für die Soziale Marktwirtschaft. Die CDU ist davon überzeugt, dass die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft auch das beste Ordnungssystem ist, um die Auswirkungen der internationalen Finanzmarktkrise zu überwinden. Wir wissen, dass nur geordnete Märkte dem Menschen dienen. Nur so entsteht eine menschliche Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft schafft die Verbindung von Freiheit und Sicherheit.

Die Soziale Marktwirtschaft ist das Erfolgsmodell, das es uns auch in Zukunft ermöglicht, in Wohlstand zu leben. Die Soziale Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards beruht auf Leistung und sozialer Gerechtigkeit, Wettbewerb und Solidarität, Eigenverantwortung und Zusammenhalt. Sie verbindet Chancen für den Einzelnen mit dem sozialen Ausgleich in unserer Gesellschaft. Der Ordnungsrahmen ist Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft. Aus ihm ergibt sich der Gestaltungsauftrag der Politik.

Die CDU setzt auf kreative, einsatzbereite und verantwortungsvolle Unternehmer, Manager und Aktionäre, die gemeinsam mit ihren Arbeitnehmern unter fairen Bedingungen Wertschöpfung betreiben.

Der Staat steht in der Verantwortung, die Ordnung des Marktes so auszugestalten, dass im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft faire Chancen und gerechte Bedingungen gegeben sind. Die CDU steht zum Prinzip der Subsidiarität, weil es sowohl Wettbewerb um die beste Lösung als auch Vielfalt ermöglicht.

In den meisten Unternehmen in Deutschland, insbesondere in Familienunternehmen, im Mittelstand, im Handwerk, bei den Freien Berufen und Selbständigen wird vorgelebt, worauf es ankommt: Auf nachhaltiges Wirtschaften, das in Generationen und nicht in Quartalen denkt, auf die Bereitschaft zur Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung jenseits der Unternehmensziele im engeren Sinne. Daraus erwächst eine Unternehmenspolitik des soliden Wachstums.

Viele mittelständische Unternehmen in Deutschland haben sich neben den großen Unternehmen auf den Märkten dieser Welt mit innovativen Produkten einen festen Platz erobert. Nicht umsonst erfolgte der Beschäftigungszuwachs der letzten Jahre in mittelständischen Unternehmen.

Alle Marktteilnehmer stehen in der Verantwortung, sich der vor allem im Mittelstand vorgelebten Ethik des Handelns zu besinnen. Wir brauchen eine Renaissance des Leitbildes des „Ehrbaren Kaufmanns“. Dafür gelten folgende Prinzipien:

Prinzip der Nachhaltigkeit: Anreize müssen so gesetzt werden, dass eine Orientierung an langfristigen Zielen statt an kurzfristigen Gewinnen erfolgt.

Prinzip der Vernunft: Die Grundregel, dass man sich nur das leisten kann, was man sich vorher erarbeitet hat, muss wieder Beachtung finden.

Prinzip der Solidarität: Soziale Verantwortung ist fester Bestandteil unserer Freiheits- und Wettbewerbsordnung. Wir dürfen niemanden aufgeben und niemanden zurücklassen.

Prinzip der Ehrlichkeit: Wer etwas verkaufen will, muss auf bestehende Risiken klar und verständlich hinweisen.

Prinzip der Verantwortungsbereitschaft: Unser Land braucht Menschen, die bereit sind, für sich und andere Verantwortung zu übernehmen. Teil dieser Verantwortungsbereitschaft ist auch, für Fehler einzustehen.

Prinzip des Anstands: Wer verlangt, „den Gürtel enger zu schnallen“, muss auch selber dazu bereit sein.

Wir wollen mit unserer Politik grundlegenden Standards der Sozialen Marktwirtschaft, die uns in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland Freiheit, Wohlstand und Sicherheit gebracht haben, auch international verankern. Einen solchen internationalen Ordnungsrahmen gibt es heute nur in Ansätzen. Nur so konnte die internationale Finanzmarktkrise entstehen. Deshalb werden wir uns innerhalb und außerhalb Europas energisch und konsequent für die Soziale Marktwirtschaft als Ordnungsrahmen für die globalen Märkte einsetzen. Wir halten es für wichtig, zwischen Europa und den USA Handelshemmnisse zu überwinden und langfristig einen gemeinsamen transatlantischen Markt zu schaffen.

III. Soziale Marktwirtschaft in Deutschland. Freiheit und Sicherheit vereinen.

1. Leistung muss sich wieder lohnen

Leistungs- und Generationengerechtigkeit gehören zusammen. Die Leistungsgerechtigkeit erfordert, dass sich Leistung wieder

mehr lohnt und die Entlastung der Bürger Vorrang vor neuen staatlichen Aktionsfeldern hat. Linke Parteien sehen oft den Staat als besseren Unternehmer. Wir sehen den Staat hingegen in der Pflicht, mit marktkonformen Mitteln, Hilfestellungen zu bieten und Anreize zu setzen.

Die Generationengerechtigkeit beginnt mit einer soliden Haushaltspolitik. Deshalb ist es richtig, die Haushaltskonsolidierung mit dem Ziel zu verbinden, den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland mehr Netto vom Brutto zu belassen.

Am Ziel, so schnell wie möglich einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, halten wir trotz der aktuellen schwierigen Entwicklung fest. Zum einen wird insbesondere die demografische Entwicklung, also die zunehmende Alterung der Bevölkerung und die abnehmende Zahl von Erwerbstätigen, unsere öffentlichen Haushalte und unsere sozialen Sicherungssysteme einer hohen Belastung unterziehen. Zum anderen ist jede Verteilung auf Pump eine direkte Belastung unserer Kinder und Enkel. Die Sanierung der Haushalte steht daher für Generationengerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Deshalb hält die CDU am Ziel einer am Prinzip der Nachhaltigkeit ausgerichteten, verfassungsrechtlich abgesicherten Schuldengrenze für den Bund und alle sechzehn Länder fest.

Auf Krisen müssen wir angemessen und im Bewusstsein unserer gesamtstaatlichen Verantwortung reagieren, um schnellstmöglich wieder Wachstum zu generieren und dann wieder Schulden abbauen zu können. Deshalb halten wir an den Entlastungen, die wir den Bürgern in Aussicht gestellt haben, trotz der internationalen Finanzmarktkrise fest.

Die Menschen, die arbeiten, Steuern zahlen und sich an die Regeln halten, erarbeiten und schultern die staatlichen Investitionen und Ausgaben – vom Auszubildenden über die Millionen engagierter Arbeitnehmer bis zum leitenden Angestellten und selbständigen Unternehmer. Nur mit diesen Leistungsträgern werden wir die Herausforderungen der Zukunft bewältigen. Diese Bürgerinnen und Bürger und ihre Familien wollen wir entlasten. Unser Ziel ist es, dass die Menschen mehr Netto vom Brutto erhalten.

Wir wollen ein Entlastungsprogramm für Deutschland:

1. Einkommensteuerreform nach den Prinzipien „einfach, niedrig, gerecht“: Ein Steuersystem mit niedrigen Steuersätzen fördert Leistung und Initiative und ermöglicht, Vorsorge zur Absicherung von Lebensrisiken zu treffen.

2. Entlastung der unteren und mittleren Einkommen: Der derzeitige Tarifverlauf führt dazu, dass Lohnsteigerungen oder Überstunden zu wenig bei den Menschen ankommen. Darunter leiden insbesondere die unteren und mittleren Einkommen. Hinzu kommt, dass inzwischen viele Steuerzahler auf einen Teil ihres Einkommens den höchsten Steuersatz zahlen. Das sind die Facharbeiter, die zwar Sonderschichten leisten, deren Netto-Einkommen aber dadurch zu gering steigen. Davon betroffen sind aber auch viele Akademiker. Diese leistungsfeindliche Wirkung des Steuerrechts werden wir ändern. Leistung und Einsatzbereitschaft müssen sich wieder mehr lohnen. Wir werden den Tarifverlauf so gestalten, dass Gehaltserhöhungen oder Mehrarbeit nicht durch die „kalte Progression“ minimiert werden, sondern bei den Bürgern auch stärker ankommen.

3. Entlastung von Familien mit Kindern: Wir treten als Ergänzung zum Ehegattensplitting für ein Familiensplitting ein. Danach werden Familien mit Kindern weniger Steuern zahlen als kinderlose Familien.

4. Absetzbarkeit der Kosten für die Gesundheits- und Pflegeversicherung: Wir werden die Absetzbarkeit der Beiträge für die Gesundheits- und Pflegeversicherung so ausgestalten, dass alle Versicherten eine deutliche Entlastung zum 1. Januar 2010 in einem Gesamtvolumen von rund 9 Mrd. Euro erhalten. Uns ist wichtig, dass gesetzlich und privat Versicherte dabei gleich behandelt werden.

5. Stärkung der privaten Haushalte: Wir wollen das Potenzial der privaten Haushalte in Deutschland stärker nutzen. Hier gilt es, kluge Anreize zu setzen, um Schwarzarbeit abzubauen und gleichzeitig legale Beschäftigung zu steigern. Unser Ziel ist es, langfristige den Haushalt wie einen Arbeitgeber zu behandeln.

2. Wirtschaft und Arbeit – Für Flexibilität und Sicherheit

Wir wollen vor allem Erfolge auf dem Arbeitsmarkt erreichen. Dieses Ziel bedingt eine erfolgreiche Wirtschafts- und Wachstumspolitik. Nur, wenn wir wirtschaftlich erfolgreich bleiben, können wir ausreichend Mittel für Soziales, Bildung oder Infrastruktur bereitstellen. Es gilt, Investitionen und Beschäftigung zu fördern. Das bleibt auch und gerade in schwierigen Zeiten richtig.

Im kommenden Jahrzehnt heißt unser Kurs, für Unternehmen und Arbeitnehmer Flexibilität und Sicherheit zusammen zu bringen. Deshalb setzen wir uns folgende Ziele:

1. Arbeitsgesetzbuch: Das deutsche Arbeitsrecht ist kompliziert, bürokratisch und behindert vielfach neue Beschäftigung. Deshalb wollen wir das Arbeitsrecht in einem schlanken, verständlichen und handhabbaren Arbeitsgesetzbuch zusammenfassen, welches Beschäftigung statt Arbeitslosigkeit begünstigt. Beschäftigte sollen künftig auf einen Blick ihre Rechte und Sicherheiten im Betrieb, aber auch ihre Pflichten erkennen können. Arbeitgeber, insbesondere im Mittelstand, müssen einfach und gerichtsfest erkennen können, welche Verpflichtungen, aber auch Rechte sie besitzen. Dazu ist wichtig, dass die weit über 100 unterschiedlichen Schwellenwerte stärker zusammengefasst und unbürokratischer ausgestaltet werden. Wir halten an dem Instrument der Zeitarbeit fest.

2. Arbeitsmarktpolitik: Wir stehen für eine effektive und effiziente Arbeitsmarktpolitik, die auf eine frühzeitige und ausreichende Aktivierung Arbeitsloser und deren schnellstmögliche Integration in den ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet ist. Wir begegnen den Sorgen vieler Menschen vor Abstieg und Überforderung, indem wir marktgerechte Arbeitsplätze fördern statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

3. Soziale Sicherheit: Deutschland braucht solide Soziale Sicherungssysteme, die dem Einzelnen im Bedarfsfall eine zuverlässige Sicherung gewährleisten und das Abrutschen in Armut verhindern. Das schließt auch mit ein, dass die Bürgerinnen und Bürger, die ein Leben lang vollzeitbeschäftigt waren, eine Rente oberhalb der Armutsgrenze erhalten. Diese ist bedarfsabhängig und steuerfinanziert auszugestalten. Für die kleinen Selbständigen werden wir mehr Sicherheit erreichen, indem wir ihnen den Zugang zur geförderten Altersvorsorge ermöglichen.

4. Mindesteinkommen statt Mindestlohn:

Die Lohnfindung ist Aufgabe von Gewerkschaften und Arbeitgebern, nicht des Staates. Es gilt die Tarifautonomie zu stärken. Wer Unternehmen zwingen will, einen Lohn zu zahlen, der nicht zu erwirtschaften ist, der sorgt dafür, dass viele Menschen gar keinen Lohn mehr bekommen. Deshalb wird es mit der CDU Mindestlöhne, die Arbeitsplätze vernichten und Wettbewerb aushebeln, nicht geben. Die CDU setzt sich für ein Mindesteinkommen in Deutschland ein. Um Arbeitsplätze auch für Geringqualifizierte zu sichern oder zu schaffen, soll sich das Mindesteinkommen aus einer Kombination aus Lohn und Lohnzuschuss zusammensetzen. Für uns gilt: Wer arbeitet muss mehr haben, als wer nicht arbeitet. Um dabei Lohndumping zu verhindern, müssen gleichzeitig sittenwidrige Löhne gesetzlich verboten werden.

5. Bürokratieabbau: Entscheidend beim Bürokratieabbau ist, dass Entlastungen für die Betroffenen konkret spürbar werden. Um insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen zu entlasten, setzen wir den Fokus auf den Abbau von Statistikpflichten, die Vereinfachung und Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie die Entbürokratisierung von Förderprogrammen. Unser Ziel ist es, die Bürokratiekosten bis 2011 um mindestens 25 Prozent netto zu reduzieren. Die dadurch erzielbaren Einsparpotenziale schaffen neue Freiräume für Investitionen.

6. Investitionsbeschleunigung und Investitionsförderung: Zur Überwindung des Investitionsstaus in Infrastruktur braucht Deutschland ein Investitionsbeschleunigungsprogramm und damit schnellere Ge-

nehmungsverfahren im gesamten Infrastrukturbereich. Nur durch Innovationen können wir Wachstum erzeugen und unseren Wohlstand halten. Der Schwerpunkt einer erfolgreichen Innovationspolitik ist die leistungsorientierte Clusterförderung. Dafür müssen wir bestehende Kräfte aus Wissenschaft und Wirtschaft bündeln und unsere Stärken im internationalen Wettbewerb weiter ausbauen.

7. Stabile Energiepreise: Wir verbinden die wichtigen ökologischen Ziele mit wirtschaftlicher Vernunft und den Interessen der Menschen. Deshalb wollen wir nicht, dass durch zusätzliche staatliche Maßnahmen die Energiepreise steigen.

8. Technologiewandel: Als Hochtechnologie- und Industriestandort nehmen wir die Herausforderungen des internationalen Wettbewerbs weiterhin an. Die CDU wird den dafür notwendigen Technologiewandel, wie zum Beispiel die Entwicklung von alternativen Antriebstechniken im Bereich der Automobilindustrie, politisch mit Nachdruck unterstützen.

IV. Auf dem Weg zur Bildungsrepublik.

Wir wollen im kommenden Jahrzehnt erreichen, dass die Herkunft junger Menschen nicht über ihre Zukunft entscheidet und dass Aufstieg durch Bildung besser ermöglicht wird. Jede Begabung soll so früh wie möglich entdeckt und gefördert werden. Bildung ist Schlüssel für die Lebenschancen jedes Einzelnen. Durch ein freies, gerechtes und leistungsfähiges Bildungssystem werden wir Werte schaffen, die Wohlstand sichern.

Bildung und Erziehung beginnen im Elternhaus. Eine gelungene Erziehungsleistung, die die Familie erbringt, kann von keiner Institution ersetzt werden. Die CDU steht an der Seite der Eltern bei der Bewältigung dieser für unsere Gesellschaft wichtigen Aufgabe.

Bildung ist der Schlüssel zum persönlichen Aufstieg. Wir bekennen uns zu der Aufgabe, insbesondere den jungen Menschen gleiche Startchancen zu ermöglichen. Das gilt für Jungen ebenso wie für Mädchen. Deshalb sind u. a. auch mehr männliche Erzieher und Lehrer in den Kindertagesstätten, Kindergärten und Schulen, die eine Vorbildfunktion übernehmen können, nötig. Bildung ist auch der Schlüssel zur Integration. Der hohe Anteil junger Menschen mit Migrationshintergrund, der in den kommenden Jahren weiter wachsen wird, verstärkt den Anspruch an die Schulen, Teilhabe und Aufstiegschancen für alle zu ermöglichen. Jedes Kind zählt. Wir wollen auf kein Talent verzichten.

Wir bekennen uns dabei zur Kulturhoheit der Länder und zum Wettbewerbsföderalismus. Der Weg zur Bildungsrepublik macht eine Offensive für Bildung notwendig. Wir werden sicherstellen, dass die folgenden Ziele für das kommende Jahrzehnt konsequent verfolgt werden:

1. Zehn Prozent des BIP für Bildung und Forschung: Zur Bildungsrepublik gehört der Ehrgeiz, unser Bildungs- und Wissenschaftssystem zu einem der weltweit besten auszubauen. Deshalb gilt für uns: Bei sinkenden Schülerzahlen werden frei werdende Mittel für neue inhaltliche Aufgaben wie frühe Förderung, Ausbau von Ganztageschulen, Ausbau der Qualitäts-

sicherung, Qualifizierung von Lehrkräften gebraucht. Wir wollen bis 2015 gesamtstaatlich zehn Prozent des BIP in die Zukunft und damit in Bildung und Forschung investieren.

2. Schulische Vielfalt statt Einheitsschule: Da jeder Mensch andere Potenziale und Begabungen hat, ist ein vielfältiges Bildungsangebot die wichtigste Voraussetzung für die Einlösung dieses Anspruchs. Das vielfältige gegliederte Schulwesen hat sich bewährt und erfolgreich weiterentwickelt. Das Konzept der Einheitsschule lehnen wir ab. Wir stehen für eine Wertevermittlung, auch im Rahmen der Schulbildung. Wir bekräftigen unser Bekenntnis zum Religionsunterricht.

3. Durchlässigkeit: Wir werden die frühkindliche und die schulische Bildung besser aufeinander abstimmen und die Aus- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern verbessern. Am Ende der Schullaufbahn muss es heißen: Jeder Abschluss muss auch die Chance auf einen Anschluss eröffnen. Wir wollen daher die Zahl der jungen Menschen ohne Schul- und Berufsabschluss innerhalb der nächsten fünf Jahre im Bundesdurchschnitt halbieren. Mehr Durchlässigkeit heißt auch, dass der Zugang zu Hochschulen erleichtert werden soll. Grundsätzlich gilt: Wer berufliche Qualifikationen nachweisen kann, muss die Chance auf ein Studium haben. Auch deshalb werden wir den Hochschulpakt fortführen.

4. Verbindliche Bildungsstandards: Mobilität hat an Bedeutung gewonnen. Dem muss sich das Bildungssystem stellen. Deshalb sind verbindliche Bildungsstandards und vergleichbare Abschlussprüfungen wichtig und notwendig. Deutschlandweite Abiturprüfun-

gen, zumindest in den Fächern Deutsch, Mathematik, Fremdsprachen und Naturwissenschaften, sollen verbindlich werden.

5. Deutschkenntnisse als Voraussetzung:

Wir brauchen gezielte Sprachförderung bereits im Kindergarten, verbindliche Sprachstandstests für alle Kinder im Alter ab vier Jahren und eine intensive Förderung bei erkannten Defiziten sowie unterrichts begleitende Sprachprogramme. Sprache ist auch der Schlüssel zur Integration. Deshalb werben wir gezielt dafür, dass insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund den Erzieher- und den Lehrerberuf ergreifen.

V. Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Wir sind davon überzeugt, dass wir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes die Chancen des anstehenden zweiten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts nutzen können. Die Chancen liegen in der Besinnung auf unsere Werte und unsere Leistungskraft.

Die Chancen liegen darin, dass wir unsere Partner innerhalb und außerhalb der Europäischen Union von dem Modell der Sozialen Marktwirtschaft als Voraussetzung für Wohlstand und Frieden überzeugen und so die Grundzüge der Sozialen Marktwirtschaft auch als internationaler Ordnungsrahmen anerkannt werden. Die Chancen liegen darin, dass wir dies gemeinsam leisten: In einem Bündnis der Generationen und aus allen Bürgerinnen und Bürgern, denen die Zu-

kunft Deutschlands am Herzen liegt und die bereit sind, auch füreinander einzustehen.

Die CDU wird im nächsten Jahrzehnt das bürgerschaftliche Engagement weiter stärken. Das Ehrenamt ist die Seele unseres Gemeinwesens und durch staatliches Handeln nicht zu ersetzen. Ohne ehrenamtliches Engagement von Millionen von Bürgerinnen und Bürgern wäre Deutschland ärmer und kälter. Wir werden uns auch weiter dafür einsetzen, dass ehrenamtliche Arbeit als Dienst an der Gesellschaft anerkannt wird und die Bedingungen dafür in unserem Land verbessert werden.

Wir fühlen uns verantwortlich, die Geschichte unseres Landes zum Wohle der Menschen zu gestalten und den zukünftigen Generationen ein Erbe des Chancenreichtums statt der Lasten zu übergeben. Dies leisten wir auf Grundlage unserer christlichen Überzeugung, die uns für eine Gesellschaft eintreten lässt, die sich ihrer christlich-abendländischen Herkunft bewusst ist und gleichzeitig weltoffen präsentiert.

Wir stehen für eine Gesellschaft, die offen ist für diejenigen, die bei uns arbeiten und leben wollen, und bereit sind, unsere Werte und Regeln anzuerkennen und sich in unsere Gesellschaft zu integrieren. Diese Integrationsleistung werden wir erbringen. Deutschland ist Integrationsland.

Wir wollen, dass das nächste Jahrzehnt gute Jahre für die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands werden. Dafür haben wir alle Chancen.